

CERA-Week-Reise von Katherina Reiche: Gasinteressen statt Klimaschutz

Die Unterlagen: Verschleppt, übermäßig teuer und unvollständig

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche war Ende März 2026 auf der **CERA Week** in Houston, Texas – einer der weltweit wichtigsten Branchenkonferenzen der fossilen Industrie. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und FragDenStaat haben per Informationsfreiheitsrecht bzw. Umweltinformationsgesetz (UIG) **brisante Dokumente zur Teilnahme** der Ministerin erstritten. Diese zeichnen das Bild eines **höchstproblematischen politischen Kurswechsels**: Reiche setzte ihre **Teilnahme gegen** den zurückhaltenden **Rat der eigenen Fachebene** durch, verlangte einen **Gasfokus** und nutzte die Konferenz als Bühne für **neue US-Gaslieferungen, Atomkraft und eine Annäherung an die US-Energiepolitik**. Besonders kritisch ist zudem die Darstellung von **erneuerbaren Energien als unzureichend und dass Klimaziele „kein Selbstzweck“** seien.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hatte zuvor die Beantwortung der UIG-Anfrage monatelang verzögert und die Unterlagen zurückgehalten. Erst nach einer Untätigkeitsklage der DUH hat das BMWE eine Sammlung von Dokumenten geschickt. Weil DUH und FragDenStaat vermuten, dass die **Unterlagen unvollständig** sind, haben beide Organisationen Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Das freigegebene Dokumentenpaket umfasst insgesamt 92 Seiten. Es ist [auf der Webseite von FragDenStaat abrufbar](#) und enthält vor allem:

- Entscheidungsvorlagen zur Teilnahme der Ministerin an der CERA Week;
- Terminvorbereitungen für öffentliche Panels und bilaterale Gespräche;
- Sprechzettel und Kernbotschaften;
- Kurzlebensläufe und Teilnehmerinformationen;
- Gesprächsvorbereitungen mit Unternehmen aus der Öl-, Gas-, LNG- und Chemieindustrie;
- E-Mail-Verkehr zwischen dem BMWE und S&P Global zur Programmastimmung;
- Unterlagen zum „Europe Forum“;
- ein Einladungsschreiben von S&P Global an Reiche;
- einen internen Überblick über die im Rahmen des Informationsfreiheitsverfahrens herausgegebenen Dokumente.

Die Dokumente sind damit weitgehend Vorbereitungsunterlagen. Protokolle oder Nachbereitungsunterlagen der Gespräche oder eine systematische Auswertung der Reise finden sich nicht. Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen dem geplanten Reiseprogramm und den vorliegenden Gesprächsvorbereitungen. Der Terminplan listet zahlreiche bilaterale Gespräche und Veranstaltungen auf, während nur für neun Gespräche Vorbereitungsunterlagen herausgegeben wurden. [S. 37–40] Hinzu kommen

Schwärzungen, deren Umfang und Begründung teilweise nicht nachvollziehbar sind. Dies wird besonders deutlich bei den Unterlagen zum Gespräch der Ministerin mit Exxon Mobil sowie bei Gesprächspunkten zur EU-Methanverordnung. [siehe z.B. S. 47–49]

DUH und FragDenStaat kennen zudem zwei weitere ähnlich lautende IFG-/UIG-Anfragen zur Reise der Ministerin nach Texas. Das Wirtschaftsministerium hat in diesen Fällen dieselben 92 geschickt, auch die zugehörigen Bescheide ähneln sich in den Formulierungen auffällig. In allen vier Fällen hat das Ministerium die höchstmögliche Gebühr von 500€ angesetzt und dies jeweils mit demselben Aufwand an Arbeitsstunden begründet. Auch gegen diese Entscheidung haben DUH und FragDenStaat Widerspruch eingelegt, da es naheliegt, dass die Anträge gemeinsam bearbeitet wurden.

Eine Reise gegen den Rat der eigenen Beamten

Die CERA Week wird von S&P Global in Houston veranstaltet und gilt als eine der weltweit wichtigsten Plattformen der Energiebranche. Die Teilnahme der Ministerin war keineswegs Pflicht. In einer Entscheidungsvorlage vom Juni 2025 **empfahl die zuständige Fachebene ausdrücklich**, das Gespräch mit S&P Global **unterhalb der Ministerinnenebene** zu führen. Auch für die Teilnahme an der CERA Week wurde festgehalten, dass eine **Teilnahme der Ministerin „nicht zwingend“** sei und auf Staatssekretärebene übernommen werden könne. [S. 35–36; S. 91–92]

Reiche entschied sich dennoch für die Reise. Sie wollte dabei ausdrücklich „maximalen Spielraum für kurzfristige Begegnungen mit anderen hochrangigen Konferenzteilnehmern“. Das Ministerium plante für sie öffentliche Auftritte mit „hoher Sichtbarkeit“, darunter die Teilnahme am Plenum und an mehreren Podien. Diese Bühne nutzte sie, um die Klimaziele und die EU-Methanverordnung in Frage zu stellen. [S. 37–38] Besonders aufschlussreich ist der Hinweis, dass der Ministerin ein „**Schwerpunkt im Gasbereich wichtig**“ gewesen sei. [S. 38]

Die Unterlagen vermitteln den Eindruck, dass die Reise auf Wunsch der Ministerin als politische Bühne für eine neue, deutlich fossilere und atomfreundlichere Ausrichtung genutzt werden sollte – was dann auch so geschah.

Werbung für langfristige Gasverträge und Renaissance der Atomkraft

Die Vorbereitungsunterlagen machen eine klare politische Agenda der Ministerin erkennbar. Reiche sollte in Houston wiederholt dafür **werben**, dass deutsche Unternehmen an **langfristigen Gaslieferverträgen mit US-amerikanischen Exporteuren** interessiert seien. Diese Botschaft findet sich unter anderem in den Vorbereitungen für Gespräche mit Exxon Mobil, BP und Global Infrastructure Partners. [S. 47–48, 53–56] Die Dokumente zeigen aber ebenso, dass dem BMWF offenbar **keine belastbaren Details zu den Plänen deutscher Unternehmen** vorlagen.

Im Gespräch mit Exxon Mobil sollte Reiche erklären, US-LNG-Lieferungen seien für die deutsche Gasversorgung der kommenden Jahre von zentraler Bedeutung. Zugleich sollten langfristige Abnahmeverträge deutscher Unternehmen mit US-LNG-Anbietern angesprochen werden. Wörtlich aus den Sprechpunkten für die Ministerin [S. 47]:

“US LNG deliveries are key to ensure our gas supply over the coming years. German companies have further interest in long term gas delivery treaties with US LNG exporters.”

Anschließend sollte Reiche selbst fragen, ob Exxon von konkreten Gesprächen mit deutschen Unternehmen wisse. [S. 47–48] Auch gegenüber BP lautete die vorbereitete Botschaft, deutsche Unternehmen hätten Interesse an langfristigen Verträgen mit US-Exporteuren. Gleichzeitig sollte die Ministerin BP fragen, ob bereits Gespräche über zusätzliche LNG-Lieferungen geführt würden. [S. 53–54] Gegenüber Global Infrastructure Partners, einem inzwischen zu BlackRock gehörenden Infrastrukturinvestor, sollte sie ebenfalls nach laufenden Gesprächen mit deutschen Unternehmen über zusätzliche LNG-Lieferungen fragen. [S. 55–56]

Der Fokus der Ministerin lag zudem auffällig auf einer **Aufwertung der Atomkraft**. In den vorbereiteten Kernbotschaften wird ein Energiemix aus „wind, solar, gas, nuclear, storage, interconnections“ als notwendiger „AND AND“-Ansatz dargestellt. Hervorgehoben werden zudem sogenannten **Small Modular Reactors (SMR) – eine neue Generation von Atomkraftwerken**. Für Europa wird ein Potenzial von 17 bis 53 Gigawatt Small Modular Reactors bis 2050 behauptet. [S. 10–12]

Die Ministerin wollte zudem ausdrücklich an einem Business-Roundtable zu Small Modular Reactors teilnehmen. Im vorgesehenen Programm waren Gespräche mit Unternehmen wie NuScale Power, X-energy, Holtec, GE Hitachi Nuclear Energy und Westinghouse aufgeführt. [S. 37–40] Im Gespräch mit Dow sollte Reiche sich über das geplante SMR-Projekt am texanischen Standort Seadrift informieren und ausloten, ob ein **vergleichbares Projekt auch in Europa** denkbar sei. [S. 50–51]

Dabei verschweigen die Unterlagen die erheblichen wirtschaftlichen und technischen Unsicherheiten der SMR-Technologie nicht vollständig. Sie vermerken selbst, dass **in den USA noch kein SMR-Projekt die Bauphase erreicht** habe und dass das Referenzprojekt von NuScale in Idaho trotz milliardenschwerer Subventionen eingestellt wurde. [S. 50–51] Gleichwohl wird Atomkraft als Bestandteil der künftigen deutschen Energieversorgung politisch aufgewertet.

Kuschelkurs mit der US-Regierung

Die Vorbereitungen zeigen eine auffällige **politische Annäherung an die Energiepolitik der US-Regierung**. Für ein Gespräch mit dem US-Innenminister beziehungsweise dem National Energy Dominance Council war als Kernbotschaft vorgesehen: „The U.S. and Germany share important approaches in the implementation of their energy policies.“ [S. 1]

Deutschland sollte als Land präsentiert werden, das – ähnlich wie die USA – auf einen „all of the above“-Ansatz setzt. Genannt werden Wind, Solarenergie, Gas, Öl, Speicher, Netze und Atomkraft. [S. 4] Auch im geplanten transatlantischen Panel sollte Reiche für einen Energiemix aus Wind, Solarenergie, Gas und Atomkraft werben und die transatlantische Energiepartnerschaft als strategische Notwendigkeit hervorheben. [S. 18–19]

Besonders problematisch ist der Kontext der bilateralen Energiekooperation. Die Unterlagen verweisen auf die EU-US-Vereinbarung von August 2025, in deren Rahmen die EU versprochen hat, bis 2028 US-amerikanisches LNG, Öl und Nuklearenergieprodukte im Wert von 750 Milliarden US-Dollar abzunehmen. [S. 6] In diesem Zusammenhang wird die **Energiekooperation vor allem als Absatzkanal für US-amerikanische fossile und atomare Produkte** dargestellt. Die frühere Ausrichtung der Klima- und Energiepartnerschaft auf saubere Technologien, Wasserstoff und Offshore-Wind tritt komplett in den Hintergrund. [S. 6]

Reiche sollte zudem erklären: „Germany needs energy, the US exports energy. **The U.S. is already a decisive pillar of our energy security.**“ [S. 22–23] Damit wird die Abhängigkeit von US-Energieimporten nicht kritisch hinterfragt, sondern politisch als Grundlage der bilateralen Beziehungen akzeptiert.

Dokumentiert ist jedoch nur ein einziges Gespräch mit einem hochrangigen US-Regierungsvertreter: der öffentliche Auftakt mit Energieminister Chris Wright. Weitere Treffen mit dem Innenminister Doug Burgum und dem National Energy Dominance Council waren lediglich angefragt. [S. 34, 37–40] Sollten sie stattgefunden haben, sind dazu keine Vermerke oder Vorbereitungen in den Unterlagen enthalten.

Erneuerbare als Problem dargestellt

In den Sprechzetteln werden erneuerbare Energien zwar regelmäßig erwähnt. Sie erscheinen jedoch häufig nicht als tragende Säule einer zukunftsfähigen Energieversorgung, sondern als **angeblich unzureichende und problematische Energiequelle**.

Besonders deutlich wird dies im vorbereiteten Beitrag zum Panel „Reinvigorating the European Industrial Core“. Dort heißt es: „**Intermittent renewables cannot power a G7 economy alone.**“ Anschließend wird gefordert, sämtliche Energieoptionen – darunter Gas und Atomkraft – verfügbar zu halten. [S. 60]

Noch schärfer fällt die Argumentation im Abschnitt „Energy Realism“ aus. Dort sollte Reiche sagen, Europa müsse anerkennen, dass der Ausbau wetterabhängiger erneuerbarer Energien mit flexibler Grundlastkapazität kombiniert werden müsse. Als Negativszenario wird ein modernes Industrieland beschrieben, das seine Wirtschaft mit einer „weather dependent supply“ und angeblich unzureichender Reserve, Netzinfrastruktur und Planung betreiben wolle: „It cannot work.“ [S. 8–11]

Die Ministerin sollte außerdem erklären, **Klimaziele seien „not an end in themselves“**. Ein grünes Europa, das seine Fabriken verliere, sei kein Vorbild, sondern eine Warnung. [S. 62] Damit werden **Klimaziele nicht als rechtlich und politisch verbindlicher Rahmen** für die Modernisierung der Wirtschaft behandelt, sondern als potenzieller **Gegensatz zu industrieller Wettbewerbsfähigkeit** dargestellt. Im politischen Framing der Ministerin dominiert die Botschaft, **erneuerbare Energien seien ohne Gas und Atomkraft nicht ausreichend**.

Methanverordnung unter Beschuss

Die **EU-Methanverordnung** spielt in den freigegebenen Unterlagen eine **auffällig geringe Rolle** – obwohl sie für den Import von LNG aus den USA von erheblicher Bedeutung ist, und Reiche sie auf der CERA Week nach Gesprächen mit der US-Öl- und Gasindustrie offen angegriffen hat. Es drängt sich die Frage auf, ob hier relevante Unterlagen zurückgehalten wurden.

Die Verordnung verpflichtet Unternehmen unter anderem zu einer besseren Erfassung, Überwachung und Verringerung von Methanemissionen sowie zur Reparatur von Leckagen. Schrittweise werden auch Importeure fossiler Energieträger aus Drittstaaten einbezogen.

In den Gesprächsvorbereitungen mit Exxon Mobil und BP wird die Verordnung formal als wichtig für die Versorgungssicherheit bezeichnet. Reiche sollte die Unternehmen nach ihren OGMP-Berichtspflichten und dem erreichten Methan-Transparenzniveau fragen. [S. 47–48, 53–54]

Nach der Rückkehr von der CERA-Week kritisierte die Ministerin in einer eigenen anberaumten Pressekonferenz die EU-Methanverordnung mit Verweis auf ihre Gespräche in den USA scharf und stellte die Anforderungen der Verordnung als Belastung für die Energieversorgung dar. Die inhaltliche Vorbereitung zu dem Thema für die CERA-Week bleibt dabei auffallend oberflächlich. Nach dem internen Überblick sind große Teile der entsprechenden Passagen geschwärzt; konkrete Aussagen zur Durchsetzung und zu den Interessen der US-Gasindustrie sind daher nicht nachvollziehbar.

Dass Reiche ausgerechnet auf einer Konferenz der Öl- und Gasindustrie gegen europäische Klimaschutzanforderungen argumentierte, passt zur übrigen Agenda der Reise: **Die Interessen fossiler Anbieter wurden als Beitrag zur Versorgungssicherheit dargestellt, während Regeln zur Begrenzung ihrer Klimaschäden als potenzielles Hindernis erschienen.**

Fazit: Eine Lobbybühne für fossile und atomare Energie

Die freigegebenen Unterlagen zeichnen ein klares Bild: Katherina Reiche wollte die CERA Week nicht lediglich besuchen, sondern sie als öffentlichkeitswirksame Plattform für einen politischen Kurswechsel nutzen. Gegen den Rat der eigenen Fachebene setzte sie auf einen Auftritt mit hoher Sichtbarkeit und verlangte ausdrücklich einen Gasfokus. [S. 35–38, 91–92]

In Houston sollte sie für langfristige US-Gaslieferverträge, eine engere energiepolitische Zusammenarbeit mit den USA und eine Renaissance der Atomkraft werben. Zugleich wurden erneuerbare Energien wiederholt als wetterabhängig und allein nicht ausreichend dargestellt. Klimaziele erschienen in den vorbereiteten Aussagen als Belastung, die gegenüber industrieller Wettbewerbsfähigkeit zurücktreten müsse. [S. 10–12, 23–27, 60–63]

Besonders kritisch ist, dass die Ministerin damit in das Zentrum der internationalen Öl- und Gasindustrie reiste, um deren zentrale Interessen politisch zu bedienen: neue Absatzmärkte für US-LNG, Akzeptanz für fossile Infrastruktur und eine Abschwächung europäischer Klimaschutzanforderungen. Gleichzeitig bleiben wesentliche Fragen offen. Es fehlen Gesprächsprotokolle, eine nachvollziehbare Nachbereitung und offenbar zahlreiche Unterlagen zu den tatsächlich vereinbarten Terminen.

Was als Reise zur Sicherung der Energieversorgung verkauft wurde, erscheint vor dem Hintergrund der Akten vielmehr als Lobbybühne für fossile und atomare Energie – auf persönlichen Wunsch einer Ministerin, die sich von den eigenen Fachleuten nicht bremsen ließ.

Stand: 8.9.2026



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 0 77 32 99 95 - 0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Kontakt

Constantin Zerger
Leiter Energie und Klimaschutz DUH
Tel.: 0160 4334014
E-Mail: zerger@duh.de

www.duh.de info@duh.de www.duh.de/newsletter-abo

[.../umwelthilfe](https://www.instagram.com/duh_de)

Als gemeinnütziger und politisch unabhängiger Verein machen wir uns bereits seit 50 Jahren für Natur-, Umwelt- und Verbraucherrechte stark. Von der Einführung des Dosenpfands über unsere historische Klimaklage bis zum Kampf gegen Greenwashing-Kampagnen:

Wir setzen Umweltschutz durch. Für uns alle.

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, dem DZI Spenden-Siegel und dem Deutschen Spendenrat.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.
Die gute Tat im Blick



Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit: www.duh.de/spenden

Spendenkonto: SozialBank | Deutsche Umwelthilfe | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX